



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

E-Mail: ep27@efv.admin.ch

Chur, 4. Mai 2025

Vernehmlassungsantwort der SP Graubünden zum Entlastungspaket 27 des Bundes

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SP Graubünden lehnt das vom Bundesrat vorgeschlagene Entlastungspaket 2027 in der vorliegenden Form entschieden ab. Was als Entlastung verkauft wird, entpuppt sich als massives Abbaupaket, das wichtige Bereiche wie Bildung, Umwelt, soziale Sicherheit, Gleichstellung, Kultur, Medien, internationale Zusammenarbeit und den Service public in zentralen Funktionen trifft. Neunzig Prozent der vorgesehenen Massnahmen bestehen aus Ausgabenkürzungen – das trifft die Falschen, gerade in Zeiten des massiven Kaufkraftverlustes.

Einschneidende Folgen für Graubünden

Für einen Kanton wie Graubünden mit seinen sprachlichen, kulturellen und geografischen Besonderheiten wären die Folgen gravierend. Der interregionale Austausch, die Förderung der Minderheitensprachen, die Chancengleichheit in der Bildung oder auch die Unterstützung kultureller und sportlicher Aktivitäten im ländlichen Raum – all das würde direkt oder indirekt geschwächt. Viele der Kosten, die durch die Kürzungen beim Bund eingespart werden sollen, würden auf die Kantone und Gemeinden abgewälzt – und damit letztlich auf die Bevölkerung. Das trifft insbesondere Randregionen wie Graubünden hart. Die föderale Zusammenarbeit darf nicht auf dem Rücken der Regionen und ihrer Bevölkerung ausgetragen werden. Diese Einschnitte bedrohen nicht nur die Lebensqualität in unserem Kanton, sondern auch den sozialen Zusammenhalt in der ganzen Schweiz.

Klima- und Umweltschutz

Graubünden unternimmt mit dem «Aktionsplan Green Deal» einen grossen und wichtigen Schritt in Richtung Klimaneutralität. Das Impulsprogramm sieht bis 2050 Investitionen von insgesamt rund 1 Milliarde Franken vor. Das vom Bund vorgeschlagene Sparpaket würde dieses zukunftsweisende Projekt jedoch massiv unter Druck setzen. Besonders die vorgesehenen Kürzungen im Gebäudeprogramm hätten das verheerende Potenzial, den Klimaschutz in den Kantonen auszubremsen. Auch die Massnahmen im Bereich Natur, Landschaft und Biodiversität werden gravierende Folgen haben für die Bergregionen. Sie widersprechen geltendem Recht, gefährden zentrale Umweltaufgaben, schwächen die föderale Zusammenarbeit und führen zu massiven Kostenverlagerungen auf Kantone und Regionen. Insbesondere auf die Streichung des «Fonds Landschaft Schweiz» muss dringend verzichtet werden.

Reform Schuldenbremse

Darüber hinaus fordert die SP Graubünden eine Reform der Schuldenbremse. In ihrer heutigen Form verhindert sie dringend notwendige Investitionen in unsere Zukunft und wirkt wie eine Investitionsbremse. Dies ist besonders fatal in einem Bergkanton wie Graubünden, der in den Bereichen Bildung, ÖV, Digitalisierung oder Klimaschutz auf verlässliche Investitionen des Bundes angewiesen ist.

Das Vorgehen des Bundesrats ist zudem demokratiepolitisch fragwürdig. Viele der vorgeschlagenen Kürzungen stehen im Widerspruch zu bereits gefällten Volksentscheiden oder parlamentarischen Beschlüssen – auch solche, die von der Bündner Stimmbevölkerung mitgetragen wurden. Diese Art von Rückbaupolitik untergräbt das Vertrauen in demokratische Prozesse.

Nach Jahrzehnten von Steuergeschenken für Reiche und Unternehmen jetzt bei den Leistungen für die Allgemeinheit zu sparen, ist der falsche Weg – unsozial, kurzsichtig und wirtschaftlich gefährlich. Die SP Graubünden fordert den Bundesrat auf, die zahlreichen Vorschläge zur Erhöhung der Einnahmen ernsthaft zu prüfen und ein zukunftsgerichtetes Paket zu präsentieren, das Investitionen statt Abbau ins Zentrum stellt.